

Wahlprüfsteine der Bundesarbeitsgemeinschaft Cannabis Anbauvereinigungen (BCAv) zu den Landtagswahlen in Brandenburg 2024

Übersicht der gestellten Fragen:

1. Bündelung von Anbauvereinigungen

Die Bündelung von mehreren Anbauvereinigungen an einem Standort ("Growhubs") erleichtert Kontrollen sowie die aufgrund der Auflagen teils schwierige Standortfindung. Länder könnten dies einschränken. Beabsichtigen Sie hierzu Einschränkungen in Ihrem Bundesland und wenn ja, nach welchen Kriterien?

2. Anzahl der Anbauvereinigungen

Beabsichtigen Sie die Anzahl der Anbauvereinigungen je Kommune und Standort zu begrenzen und wenn ja, inwieweit?

3. Sichere Konsumorte

Sichere Orte zum Cannabiskonsum sind im öffentlichen Interesse und dienen u.a. der Suchtprävention und dem Jugendschutz. Würden Sie die Ansiedlung und Etablierung solcher Orte, insbesondere in Vereinen wie Cannabis Social Clubs (nicht Anbauvereinigungen) oder der Gastronomie im urbanen Raum, unterstützen?

4. Abgabestellen für Anbauvereinigungen

Anbau und Abgabe des Cannabis dürfen durch Anbauvereinigungen an unterschiedlichen Orten erfolgen. Abgabestellen in wohnsitznahe verstärken die Zurückdrängung des Schwarzmarkts. Inwieweit würden Sie die Ansiedlung und Etablierung von Abgabestellen im urbanen Raum unterstützen?

5. Räumliche Trennung von Anbau und Abgabe

Sind Sie dafür, dass die Anbau- und die Abgabestelle in unterschiedlichen Bundesländern liegen dürfen?

Antworten der Parteien aus Brandenburg zur Landtagswahl 2024

1. Bündelung von Anbauvereinigungen

Die Bündelung von mehreren Anbauvereinigungen an einem Standort („Growhubs“) erleichtert Kontrollen sowie die aufgrund der Auflagen teils schwierige Standortfindung. Länder könnten dies einschränken. Beabsichtigen Sie hierzu Einschränkungen in Ihrem Bundesland und wenn ja, nach welchen Kriterien?

SPD

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt, ob die Bündelung von mehreren Anbauvereinigungen an einem Standort sinnvoll ist oder nicht. Insbesondere herrscht Uneinigkeit darüber, ob sogenannte „Growhubs“ die Ansiedlung von Organisierter Kriminalität verhindern. Die Argumente werden in unseren Entscheidungsprozess, ob wir Einschränkungen in Brandenburg vornehmen, einfließen.

AfD

Wir stehen der Legalisierung von Cannabis in der aktuellen Form kritisch gegenüber und beabsichtigen diese wieder rückgängig zu machen. Neben juristischen Argumenten sprechen auch gesundheitliche Aspekte gegen die aktuelle Ampel-Gesetzgebung auf Bundesebene auch in diesem Bereich. Daher wurde auf Bundesebene unter anderem der Antrag ([DRS 20/8869](#)) eingebracht mit dem Titel „Die Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken aufgeben und eine wissenschaftliche Nutzenbewertung von Medizinalcannabis analog zum Arzneimittelrecht einleiten“. Die Bündelung von mehreren Anbauvereinigungen an einem Standort (sog. Growhubs) werden daher von uns konsequent abgelehnt, da sie auch u.a. ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen bereits im Zusammenhang mit Diebstählen. Das beabsichtigte Ziel des Zurückdrängens des sog. Schwarzmarktes würde ohnehin nicht erreicht, da die organisierte Kriminalität weiterhin aktiv ist und stattdessen wirksam bekämpft werden müsste, was bisher nicht in ausreichendem Maße erfolgt.

CDU

Wir lehnen die Legalisierung von Cannabis und damit auch die Anbauvereinigungen ab. Solange das Konsumcannabisgesetz in der jetzigen Form noch in Kraft ist, werden wir uns für eine möglichst restriktive Ausführung einsetzen.

Grüne

Wir stehen hinter dem Vereinscharakter von Anbauvereinigungen. Eine Konzentration in Form von Growhubs erachten wir daher als schwierig. Durch eine landesweit einheitliche Antragsberatung und -bearbeitung stellen wir sicher, dass geeignete Standorte im ganzen Land genutzt werden können.

Die Linke

Nein, wir beabsichtigen keine solchen Einschränkungen bzgl. mehrerer Anbauvereinigungen an einem Standort, wir sehen hier tatsächlich Vorteile bei der Professionalität im Anbau und der Kontrolle.

BVB / FREIE WÄHLER

Eine Einschränkung derartiger „Growhubs“ ist unsererseits derzeit nicht geplant.

FDP

Nein.

Listenvereinigung Plus (Piraten, ÖDP & Volt)

Erfahrungen aus Ländern wie den Niederlanden und Kanada zeigen, dass Growhubs viele Vorteile bieten können, insbesondere in Bezug auf Effizienz, Kontrolle und Marktintegration. Allerdings gibt es auch Herausforderungen, wie Marktüberkapazitäten, Abhängigkeiten von Infrastruktur und Kapital sowie das Risiko der Exklusion kleinerer Akteure. Erfolgreiche Growhubs erfordern daher eine sorgfältige Planung und Regulierung, um die Vorteile zu maximieren und die Risiken zu minimieren. Wir erkennen das Potenzial von Growhubs an, möchten jedoch klare Kriterien und Leitlinien entwickeln, um sicherzustellen, dass Growhubs umweltfreundlich und sozial verträglich betrieben werden. Hierzu gehören ökologische Auflagen, Transparenz bei den Kontrollmechanismen sowie die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Betreiber und der lokalen Bevölkerung.

2. Anzahl der Anbauvereinigungen

Beabsichtigen Sie die Anzahl der Anbauvereinigungen je Kommune und Standort zu begrenzen und wenn ja, inwieweit?

SPD

Eine konkrete Aussage, ob und inwieweit wir die Anzahl der Anbauvereinigungen je Kommune und Standort begrenzen, können wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht treffen. Klar ist, wir werden hierzu in den Austausch mit den Kommunen gehen und uns eng abstimmen. In den Entscheidungsprozess wollen wir alle Akteure einbinden, insbesondere da Kontrollen zu erheblichen Belastungen für die kommunalen Behörden führen können.

AfD

Im Sinne unserer bereits unter Ziff. 1 beschriebenen Sichtweise ist nicht nur eine Begrenzung sinnvoll, sondern eine gänzliche Abschaffung. Im Land Brandenburg sind bisher 10 Anträge für die Erlaubnis einer sog. Cannabis-Anbauvereinigung bei dem zuständigen Landesamt für Verbraucherschutz eingegangen; genehmigt wurde noch keine. Es ist aber zu bezweifeln, dass bereits die erforderlichen Sicherheitsstandards durch private Anbauvereine überhaupt eingehalten werden können.

CDU

Siehe Antwort zu Frage 1.

Grüne

Nein, wir beabsichtigen vorerst keine Einschränkungen.

Die Linke

Nein, solche Beschränkungen zur Anzahl von Anbauvereinigungen sind derzeit nicht vorgesehen.

BVB / FREIE WÄHLER

Ebenso ist eine mengenmäßige Beschränkung von Anbauvereinigungen nicht geplant.

FDP

Nein.

Listenvereinigung Plus (Piraten, ÖDP & Volt)

Wir beabsichtigen die Einführung eines flexiblen Modells, das es den Kommunen ermöglicht, eine Grundanzahl von Anbauvereinigungen festzulegen, die bei Bedarf an lokale Gegebenheiten angepasst werden kann. Dieses Modell soll den Kommunen die Flexibilität bieten, auf lokale Besonderheiten sowie auf sich verändernde Marktbedingungen und technologische Entwicklungen zu reagieren. Um die Transparenz des Prozesses zu gewährleisten und die Auswirkungen unterschiedlicher Dichten von Anbauvereinigungen bewerten zu können, soll der Prozess durch ein Monitoring begleitet werden. Zudem ist ein öffentlicher Erfahrungsaustausch vorgesehen, um bestmögliche Praktiken zu identifizieren und zu verbreiten.

3. Sichere Konsumorte

Sichere Orte zum Cannabiskonsum sind im öffentlichen Interesse und dienen u.a. der Suchtprävention und dem Jugendschutz. Würden Sie die Ansiedlung und Etablierung solcher Orte, insbesondere in Vereinen wie Cannabis Social Clubs (nicht Anbauvereinigungen) oder der Gastronomie im urbanen Raum, unterstützen?

SPD

Im Zusammenhang mit Cannabiskonsum ist uns wichtig, dass einerseits die unverhältnismäßige Kriminalisierung von Konsumenten verhindert wird und andererseits aber der Jugendschutz sowie gesundheits- und kriminalpolitischen Zielen weiterhin gewährleistet sind. Diese Überlegungen fließen für uns in die Ausgestaltung ein. Um sichere Ort zum Cannabiskonsum gewährleisten zu können, sollten alle Möglichkeiten – auch sogenannte Cannabis Social Clubs – intensiv erörtert werden.

AfD

Der Begriff „sicherer Ort zum Cannabiskonsum“ ist bereits ein Widerspruch in sich. Nach der aktuellen Gesetzeslage ist mit Vollendung des 18. Lebensjahres der Cannabiskonsum in den bestehenden regulatorischen Grenzen legal, aus unstrittigen gesundheitlichen Aspekten dürfte die Altersgrenze jedoch nicht unterhalb des 25. Lebensjahres liegen. Daher sind sog „Cannabis Social Clubs“ oder spezielle Einrichtungen der Gastronomie in Städten keineswegs im öffentlichen Interesse und dienen schon gar nicht der Suchtprävention oder dem Jugendschutz. Das Gegenteil ist der Fall! Der Schwarzmarkt besteht weiterhin fort und Jugendlichen und Heranwachsenden wird suggeriert, dass Cannabiskonsum unproblematisch sei. Im Ergebnis wird die organisierte Kriminalität sogar noch gestärkt.

CDU

Konsumenten von Cannabis haben sich an die gesetzlichen Vorschriften zu halten. Hier sind zum Schutz der Jugend zahlreiche Beschränkungen im Gesetz aufgeführt. Bei

Verstößen handelt es sich um bußgeldbewehrte Ordnungswidrigkeiten. Wir sehen daher keinen Bedarf für sichere Konsumorte.

Grüne

Die Etablierung von speziell auf den Konsum ausgelegten Vereinen wie Cannabis Social Clubs unterstützen wir, in der Gastronomie im urbanen Raum befürworten wir für den Konsum von Cannabis die gleichen Regelungen wie für den Tabakkonsum analog des Nichtrauchergesetzes.

Die Linke

Ja, wir befürworten sichere Konsumorte, wenn diese in den Räumlichkeiten von Cannabis Social Clubs oder in nur für erwachsene Menschen zugänglichen Bereichen der Gastronomie liegen, in denen der Jugendschutz auch kontrolliert wird.

BVB / FREIE WÄHLER

Derartige „sichere Orte“ sind vorstellbar, wenn sie sich in einem klar abgegrenzten Bereich befinden. Auf der anderen Seite stehen wir allerdings auch für klar definierte Gebiete, wie etwa in der Nähe von Schulen oder öffentlichen Plätzen, an denen der Konsum von Cannabis weiterhin verboten bleibt.

FDP

Wir befürworten die Schaffung sicherer Konsumorte.

Listenvereinigung Plus (Piraten, ÖDP & Volt)

Durch kontrollierte Umgebungen wie Cannabis Social Clubs kann der Jugendschutz besser gewährleistet werden. Der Konsum ist erst ab 18 Jahren möglich, und die Mitgliedschaft erfordert eine strikte Alterskontrolle. CSCs könnten verpflichtet werden, an Frühinterventions- und Präventionsprogrammen für Minderjährige teilzunehmen, um den bewussten Umgang mit Cannabis zu fördern.

4. Abgabestellen für Anbauvereinigungen

Anbau und Abgabe des Cannabis dürfen durch Anbauvereinigungen an unterschiedlichen Orten erfolgen. Abgabestellen in Wohnsitznähe verstärken die Zurückdrängung des Schwarzmarkts. Inwieweit würden Sie die Ansiedlung und Etablierung von Abgabestellen im urbanen Raum unterstützen?

SPD

Ein Ergebnis, welches wir uns durch die Legalisierung von Cannabis erhoffen, ist die Zurückdrängung des Schwarzmarktes. Denn für uns ist klar, alles muss sicher und sauber sein. Wir stehen daher dem Vorschlag grundsätzlich offen gegenüber und befürworten Initiativen, die den Schwarzmarkt zurückdrängen.

AfD

Hier wird vollumfänglich auf die Beantwortung der vorangegangenen Frage Bezug genommen, welche inhaltlich ebenso auf jegliche Abgabestellen bezogen gilt.

CDU

Wir werden die Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken nicht unterstützen.

Grüne

Da der Cannabisanbau vorwiegend in ländlichen Gegenden stattfindet, aber eine größere Anzahl an Konsument*innen in Städten befindet, halten wir es für sinnvoll, dass es Abgabestellen im urbanen Raum gibt. Wir gehen davon aus, dass der hohe Bedarf ausreichend Anreize für die Ansiedlung solcher Abgabestellen bietet. Eine politische Unterstützung bei der Etablierung von Abgabestellen halten wir nicht für notwendig.

Die Linke

Die Linke befürwortet die Schaffung legaler Abgabe/Verkaufsstellen. Diese könnten bspw. in Apotheken oder extra lizenzierten Läden geschaffen werden. Besonders die Vermarktung als Abfüllung könnte auch ohne nochmalige Prüfung in der Apotheke qualitätsgesichert erfolgen.

BVB / FREIE WÄHLER

Sofern das Betreiben solcher Abgabestellen mit dem Gesetz im Einklang steht, ist es unserer Ansicht nach nicht die Aufgabe des Staates oder politischer Vertreter, eine Ansiedlung derartiger Unternehmen zu regulieren oder im besonderen Maße zu fördern. Dies müsste unseres Erachtens nach wie bei der Eröffnung anderer Wirtschaftsunternehmen auch eine privatwirtschaftliche Entscheidung sein. Etwaige Förderungen durch öffentliche Gelder oder ähnliches können unserer Meinung nach nicht zugesagt werden.

FDP

Die Ansiedlung und Etablierung von Abgabestellen im urbanen Raum ist aus unserer Sicht keine staatliche Aufgabe.

Listenvereinigung Plus (Piraten, ÖDP & Volt)

Die Ansiedlung von Abgabestellen im urbanen Raum bietet Vorteile wie Nähe zu Kunden und Fachkräften, kurze Arbeitswege und die Stärkung der Wirtschaft durch junge Unternehmen. Sie können den illegalen Handel mit Cannabis reduzieren, indem sie leicht zugänglich sind. Dies fördert eine effiziente Flächennutzung und eine vielfältige Stadtstruktur. Nutzungskonflikte müssen jedoch moderiert werden. Eine sorgfältige Planung ist wichtig, um die Vorteile zu maximieren und Nachteile zu minimieren, wobei die Bedürfnisse der Gemeinschaft, Sicherheit und gesetzliche Rahmenbedingungen berücksichtigt werden sollten.

5. Räumliche Trennung von Anbau und Abgabe

Sind Sie dafür, dass die Anbau- und die Abgabestelle in unterschiedlichen Bundesländern liegen dürfen?

SPD

In einem föderalen System ist die Zusammenarbeit der einzelnen Bundesländer miteinander unerlässlich. Das gilt insbesondere für Grenzregionen. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, auch über die Trennung von Anbau- und Abgabestellen zu diskutieren. Hierbei kommt es jedoch auf den Einzelfall an und bedarf einer engen Abstimmung mit dem jeweiligen anderen Bundesland. Generell ist es zielführend, wenn möglichst in allen Bundesländern einheitlich vorgegangen wird.

AfD

Nein. Auch hier gelten die Ausführungen innerhalb der vorangegangenen Antworten zu jeglichen Abgabestellen.

CDU

Nein.

Grüne

Wir halten aufgrund der geografischen Gegebenheiten eine räumliche Trennung von Anbau- und Abgabestelle über die Bundeslandgrenze der Länder Brandenburg und Berlin hinweg für sinnvoll (s. dazu auch die Ausführungen zu 4). Voraussetzung dafür sind aber Rollenklarheiten und ausreichend Ressourcen für die Umsetzung des KCanG in beiden Ländern.

Die Linke

Ja, gerade bei den engen räumlichen Verknüpfungen zwischen unterschiedlichen Bundesländern bspw. Berlin und Brandenburg erscheint eine solche Regelung sinnvoll und auch möglich.

BVB / FREIE WÄHLER

Aus unserer Sicht spricht nichts gegen eine derartige Vorgehensweise.

FDP

Ja.

Listenvereinigung Plus (Piraten, ÖDP & Volt)

Durch die räumliche Trennung könnten verschiedene Bundesländer unterschiedliche Ansätze zur Regulierung verfolgen, was den Wettbewerb fördern könnte. Unterschiedliche klimatische Bedingungen in verschiedenen Bundesländern könnten zu vielfältigeren Cannabisprodukten führen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssten sorgfältig geprüft werden, um sicherzustellen, dass eine solche Regelung mit den geltenden Gesetzen und Verordnungen vereinbar ist.

Sonstige Antworten:

BSW

“[...] vielen Dank für Ihre E-Mail an das Bündnis Sahra Wagenknecht und die darin enthaltenen Wahlprüfsteine. Eine Beantwortung dieser muss ich zum aktuellen Zeitpunkt leider absagen und bitte um Verständnis, dass die Kapazitäten für uns als junge Partei in diesem Wahlkampf noch begrenzt sind. Gerne möchten wir Ihnen aber anbieten, uns Ihre Positionen zuzusenden, um nach der Landtagswahl dazu ins Gespräch zu kommen. [...]”

Redaktionelle Anmerkungen:

Diese Fragen (sog. “Wahlprüfsteine”) wurden im Juli und August 2024 durch den BvCW an die Parteien gestellt.

Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker aus der Bundespolitik haben teilweise weitergehende Forderungen als ihre Partei erhoben (z.B. auf Nachfrage des BvCW oder in öffentlichen Veranstaltungen). Diese haben wir in unserem Newsletter und teils auch auf unserer Internetseite dokumentiert, aber nicht in die Auswertung der hier vorliegenden Antworten der Parteien eingearbeitet.

Parallel wurden auch Wahlprüfsteine von der Bundesarbeitsgemeinschaft Cannabis Anbauvereinigungen (BCAv) erstellt. Wenn Sie sich für Anbauvereinigungen interessieren, empfehlen wir ein Abo des kostenfreien Newsletters: <https://anbauverband.de/#newsletter>

Kostenfreier Newsletter der Cannabiswirtschaft: <https://cannabiswirtschaft.de/#newsletter>